

14.12.89

Antrag

der Länder Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein

EntschlieBung des Bundesrates zur Deutschlandpolitik

SENATSWERWALTUNG FÜR
BUNDESANGELEGENHEITEN

BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BERLIN
BEIM BUND

Bonn, den 13. Dezember 1989

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,
der Senat von Berlin und die Landesregierungen von Bremen,
Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein sowie des Saarlands
haben beschlossen, dem Bundesrat den in der Anlage beigefügten
Antrag für eine

EntschlieBung des Bundesrates zur
Deutschlandpolitik

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, den Antrag nach § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundes-
rates am 21. Dezember 1989 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Heide Pfarr

Anlage

EntschlieBung des Bundesrates zur Deutschlandpolitik

I.

Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR hat zu einer demokratischen Entwicklung geföhrt, die nicht mehr umkehrbar ist und unsere volle Unterstützung verdient.

Der Bundesrat begrüßt die hierzu im Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung sowie den Ländern bereits ergriffenen ersten Initiativen.

Insbesondere die Reisefreiheit von Ost nach West und vom 1. Januar 1990 an auch von West nach Ost ohne Mindestumtausch und Visapflicht ist ein Ereignis, das zur politischen Normalität und Stabilität in Deutschland entscheidend beitragen wird.

Die Konstituierung demokratischer Parteien und die gesetzliche Vorgabe freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen sind notwendige Vertrauensgrundlagen für eine gemeinsame große Anstrengung beider deutscher Staaten und ihrer Volkswirtschaften mit dem Ziel, die Folgen der 40jährigen Abgrenzung zu überwinden.

Das Wohlstandsgefälle zwischen beiden Staaten muß schnell und in einer Weise verringert werden, die es für die Deutschen in der DDR bei Abwägung aller Umstände lohnend macht, weiter dort zu leben und am Aufbau ihrer Wirtschaft mitzuwirken, statt in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln.

Anreize für Übersiedler müssen abgebaut werden zugunsten der nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR.

Dazu bedarf es nicht nur staatlicher Programme, sondern vor allem

auch eines vollen Engagements der Wirtschaft einschließlich der Übertragung technischen und unternehmerischen Know-hows.

II.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, den beschlossenen Sofortmaßnahmen ein mit der DDR abgestimmtes Hilfsprogramm großzügiger Dimension folgen zu lassen, mit dem ein dauerhaft wirkender Anstoß zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der DDR gegeben wird. Diese Hilfen werden ohne Vorbedingungen gewährt.

Dazu gehören insbesondere:

- Maßnahmen mit dem Ziel, in der DDR die Voraussetzungen für eine Konvertibilität der Mark der DDR zu schaffen;
- die Einrichtung eines Wirtschaftsentwicklungsfonds, der marktorientiert wirtschaftenden DDR-Unternehmen langfristige, zinsgünstige und großzügige Kredite in konvertibler Währung zur Verfügung stellt;
- Hilfen zum Ausbau und zur Anhebung des Niveaus der sozialen Sicherung in der DDR;
- die weitere Liberalisierung des innerdeutschen Handels; dazu gehört eine deutliche Reduzierung der Cocom-Liste;
- die Förderung von Direktinvestitionen; dazu sollen unter anderem Investitionsschutzabkommen und Bürgschaften beitragen;
- die massive Förderung von Umweltschutzprojekten insbesondere auch zur umweltschonenden Energieerzeugung und -versorgung;
- der Ausbau des Ost-West-Verkehrs auf der Grundlage eines alle Verkehrsbereiche umfassenden Konzeptes. Zu nennen sind insbesondere die jetzt schon abschlußreifen Projekte der Schnellbahn Berlin - Hannover und eines deutsch-deutschen Luftverkehrsabkommens;
- sofortiger Aufbau einer leistungsfähigen Kommunikations- und Informationsstruktur einschließlich der Einspeisung der Fernsehprogramme aus der DDR in sämtliche Breitbandverteilnetze in der Bundesrepublik Deutschland.

Im übrigen bittet der Bundesrat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß auch die Lösung deutsch-deutscher Probleme in einen gesamteuropäischen Kontext eingebettet wird. Der Bundesrat begrüßt in diesem Zusammenhang die vom Europäischen Rat in Straßburg gebilligte Schaffung einer Europäischen

Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, deren Aufgabe es u.a. sein soll, die erforderlichen strukturellen Anpassungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu beschleunigen.

III.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, mit der DDR die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission und von Regionalausschüssen zur Bewältigung der Probleme in den Grenzregionen und der Region Berlin ohne Beschränkung auf die Zonenrandgebiete zu vereinbaren.

IV.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Länder und insbesondere Berlin bei der Bewältigung der durch die Grenzöffnung und den Aus- und Übersiedlerstrom entstandenen Probleme, tatkräftig zu unterstützen. Er bittet die Bundesregierung um Überprüfung von Vorschriften, die zu einer Besserstellung von Übersiedlern gegenüber bisher schon in der Bundesrepublik Lebenden führen bzw. die es erlauben, Leistungen der Sozialsysteme in nicht vertretbarer Weise in Anspruch zu nehmen.

V.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, an der Entwicklung der Vertragsgemeinschaft mit der DDR die Länder umfassend ihren verfassungsmäßigen Rechten entsprechend zu beteiligen. Hierzu soll eine Bund-Länder-Kommission berufen werden.

VI.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, praktische Regelungen der Rechts- und Amtshilfe mit der DDR zu vereinbaren.

VII.

Der Bundesrat stellt die Bereitschaft aller Länder fest, beim Aufbau der Wirtschaft der DDR, bei der Entwicklung der Vertragsgemeinschaft und bei weiteren Schritten konstruktiv mitzuwirken.

In Anbetracht der veränderten Sicherheitslage lehnt der Bundesrat jede Modernisierung vorhandener und Stationierung neuer atomarer Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik ab. Stattdessen sind die Rüstungsausgaben drastisch zu reduzieren.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, im deutschen und europäischen Interesse die polnische Westgrenze ohne Wenn und Aber anzuerkennen.

Die Frage der Nation ist im Grundlagenvertrag verankert. Mit dem Brief zur Deutschen Einheit sind Anspruch und Hoffnung gewahrt, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

Wer den Prozeß der deutschen Einigung voranbringen will, muß die Interessen der Großmächte und der europäischen Nachbarn berücksichtigen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde der Helsinki-Prozeß durchgesetzt. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird eine europäische Friedensordnung schaffen, in die auch das Zusammenleben der Deutschen eingebunden ist.